



Dr. Ernst-Jörg von Studnitz, Botschafter a.D. mit Rückblick auf die XXII. Potsdamer Begegnungen

Die XXII. Potsdamer Begegnungen behandelten in diesem Jahr (2019) das Thema „ Globale Risiken – Deutschland, Russland und die Europäische Union in einer veränderten Zeit“.

Dass sich die Zeiten gewandelt haben, machte Fjodor Ljukanow deutlich, der unter anderem wissenschaftlicher Direktor des internationalen Diskussionsclubs „Waldaj“ ist, und dessen Aussagen somit ein nicht unbeträchtliches Maß von Autorität mit sich bringen. Mit apodiktischem Nachdruck verkündete er, wie im Jahr zuvor schon Sergej Karaganow, dass die im Kalten Krieg entwickelten Modelle der Vergangenheit angehörten. Die durch die Schlussakte von Helsinki übernommenen, und von der Charta von Paris bestätigten Prinzipien der europäischen Friedensordnung gelten demnach nicht mehr.

Das hat unmittelbare Auswirkung auf den Ukraine-Konflikt. Der westliche Vorwurf, die Annexion der Krim und die russische Unterstützung für die Sezession der Provinzen Donetsk und Luhansk seien ein eklatanter Verstoß gegen das Prinzip der Unverletzlichkeit von Grenzen, wird von russischer Seite unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das die Bewohner der Krim in einem Referendum ausgeübt hätten, zurückgewiesen. Folgt man einer Äußerung von Alexander Rahr, dass die Nato-Osterweiterung die Mutter aller Probleme zwischen dem Westen und Russland sei, so mag die Loslösung Russlands aus dem System von Helsinki hier ihre Ursache finden.

Der Duma-Abgeordnete Pawel Sawalnij, Vorsitzender der russisch-deutschen Parlamentariergruppe, bestätigte diese Wertung mit der Aussage, die Nato-Osterweiterung bedrohe Russland und rechtfertige deshalb die Stationierung von Raketen in Kaliningrad. Die Konsequenz der Absage an eine einmal vereinbarte Ordnung, die sich als ein großer Gewinn für das Zusammenleben der Völker Europas erwiesen hat, sprach Wolfgang Ischinger aus: Durch Großmachtrivalitäten, in Europa bezogen auf die USA und Russland, weltweit auch unter Einbeziehung Chinas zu betrachten, zerfällt die internationale Ordnung. Was geschehe aber ohne sie.

Multilaterale Strukturen seien überlebenswichtig. Sie seien die Lebensgarantie der kleinen Staaten, die großen sorgten für sich selbst. Durch diese Aussagen wurde die Problemlage, der sich die Potsdamer Begegnungen stellen wollten, exakt umschrieben. Sie erfuhr noch eine aktuelle Akzentuierung durch die vermutlich ungehört verhallende Warnung der für die europäische Sicherheit und das wechselseitige Vertrauen so wichtige INF-Vertrag dürfe nicht leichtfertig aufgegeben werden. Die Aussichten für eine Umkehr in Russland und den USA wurden jedoch als düster gesehen. Gleiches wurde auch befürchtet für eine Verlängerung des New-Start Vertrages. Das Fazit der Diskussion verwies als mögliche Lösung nur auf Änderung des Verhaltens auf der jeweils anderen Seite. Ein solches Beharren auf gegenseitigen Schuldvorwürfen führt nicht weiter.

Ein analytischer Blick auf die gegenseitige Blockade der drei Großmächte, auf deren Verhalten und mögliche Änderungen die kleineren Staaten der Staatengemeinschaft so gut wie keinen Einfluss haben, macht deutlich, dass in der gegenwärtigen Situation jeder von ihnen, Amerika, China und Russland überzeugt ist, seine Ziele gegen die anderen durchsetzen zu können. Militärisch gesprochen, jeder setzt auf Sieg. Um in dieser Sprache zu bleiben, solange eine Partei meint, siegen zu können, gibt es keinen Friedensschluss. Historisch wurde Frieden geschlossen, wenn entweder beide Parteien so erschöpft waren, dass sie einsahen, nicht siegen zu können, das Beispiel hierfür ist der Westfälische Friede von 1648 nach den Verwüstungen



des Dreißigjährigen Krieges; das Gegenbeispiel ist die vollständige Niederlage einer Partei, Deutschlands 1945, mit der Abgrenzung der siegreichen Großmächte in Jalta.

Weder Erschöpfung noch Niederlage einer Partei ist in Sicht. So bleibt zu befürchten, dass der Zustand internationaler Unruhen und Krisen noch lange anhalten wird, ohne dass heute Wandel erkennbar ist. Das 1945 geschaffene Instrument der Vereinten Nationen zur Sicherung des internationalen Friedens hat über Jahrzehnte seine Wirkungslosigkeit gezeigt. Das Veto der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates behindert im entscheidenden Augenblick immer wieder das Einschreiten der Vereinten Nationen. Die schwachen kleineren Staaten berufen sich im Ernstfall vergeblich auf sie.

Es bleibt eine schwache Hoffnung. Ein geeintes Europa könnte das Potential entwickeln, auf jede der drei Großmächte derart einzuwirken, dass deren übergroße Macht in den internationalen Beziehungen eingeschränkt wird. Die in Europa in mehr als 70 Jahren gereiften Erfahrungen des kompromissorientierten Umgangs miteinander könnten und sollten auch auf der weltweiten Szene zum Tragen gebracht werden im Interesse der Wahrung des Friedens und des Wohlergehens der Menschen. Die unbedingte Voraussetzung hierfür ist es, dass Europa sich endlich entschließt in außen- und sicherheitspolitischen Fragen mit einer Stimme zu sprechen.

Das erfordert aber, dass nationaler Eigensinn im größeren europäischen, mehr noch weltweiten Interesse zurückgestellt wird. Hieran sollte Europa vorrangig arbeiten.

Dr. Ernst-Jörg von Studnitz
Botschafter a. D.